

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Uwe Lambinus MdB zum Anspruch, die geistig-moralische Wende zu vollziehen und dem elenden Ergebnis: Elf Jahre Helmut Kohl.

Seite 1

Hans Böttner MdB zur Bonner "Mißbrauchskampagne" im Sozialbereich: Wer spekuliert gehört abkassiert.

Seite 3

Dieter Schanz MdB zur Situation nach den Wahlen in Kambodscha: Der Weg zur Demokratie ist offen.

Seite 3

Layla Onur MdEP zur Einigung über die europäische Arbeitszeitrichtlinie im EG-Sozialministerrat: Verbesserungen für viele Arbeitnehmer.

Seite 4

48. Jahrgang / 107

8. Juni 1993

### Elf Jahre Helmut Kohl

**Zum Anspruch, die geistig-moralische Wende zu vollziehen und dem elenden Ergebnis**

Von Uwe Lambinus MdB

Wenn wir es noch richtig im Ohr haben, hat unser aller Bundeskanzler in seiner ersten Regierungserklärung eine geistig-moralische Wende - was immer dies sein sollte - angekündigt.

Was wurde daraus?

Unsere Republik, im Jahre 11 der Kanzlerschaft Kohl, steht so elend da, wie nie in ihrer jetzt 44jährigen Geschichte.

Und dies hat mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten - die diesem Kanzler ohne jegliches eigenes Zutun in den Schoß fiel - wirklich nur am Rande zu tun. Diese Vereinigung begann mit einer Unwahrhaftigkeit - um nicht zu sagen Lüge. Des Kanzlers (Wahlkampf-)Wort: es würde "allen besser und niemandem schlechter gehen" war schlicht und einfach falsch. Und wenn heute behauptet wird, man hätte vieles nicht wissen können, so bleibt doch die Frage, warum andere es besser wußten.

Doch zurück zum Thema:

- o die Staatsverschuldung hat ein unverantwortbares Ausmaß erreicht, ohne daß die notwendigen - von der Bevölkerung bei ehrlicher Darstellung der Probleme auch akzeptieren - Maßnahmen getroffen werden
- o die Arbeitslosigkeit war noch nie so hoch wie heute, noch nie von einer derartigen Hoffnungslosigkeit für viele, insbesondere die Langzeitarbeitslosen
- o die Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsgebieten, ist so groß wie seit Anfang der 50er Jahre nicht mehr
- o mit undifferenzierten Mißbrauchsdiskussionen wird ein Klima sozialer Kälte geschaffen und die Kohl'sche Zwei-Drittel-Gesellschaft theoretisch begründet
- o der gewaltige Anstieg der allgemeinen Kriminalität wird instrumentalisiert zur vermeintlichen parteipolitischen Vorteilsbildung statt eine wirksame Ursachenbekämpfungsstrategie zu entwickeln

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahaar 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Klimofreundliche Zeitung  
mit wertvollem Recycling-Papier



- o ein nicht mehr länger zu übersehender Teil unserer Jugend ist demotiviert-perspektivlos und deshalb von dumpfem (explosivem) Unbehagen erfüllt, was letztlich zu vielem führt was laut beklagt aber nicht politisch aktiv und sinnvoll bekämpft wird (Extremismus, Gewalt, Alkohol, Drogen)
- o wichtige, parteiübergreifende Grundübereinstimmungen deutscher Politik der Nachkriegszeit wurden und werden in Frage gestellt, weil sie sich hervorragend eignen, die Hoheit über alle Spießerstammtische zu gewinnen und um von den tatsächlichen Problemen unseres Landes abzulenken
  - das Asylrecht als Teil der antifaschistischen Lehre in unserem Grundgesetz
  - die Verwendung der Bundeswehr außerhalb des Bündnisses
  - die Einschränkung von Grundrechten (Unverletzlichkeit der Wohnung als wahrscheinlich erster Schritt!)
- o das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland ist auf dem absoluten Tiefstand und dieser Kanzler tut so, als sei es seine Privatsache wo und wann er körperlich anwesend ist (Sollingen, Köln)
- o auch führende rechte deutsche Politiker sprechen eine Sprache, die - wie ich glaubte - eigentlich im Jahre 1945 begraben wurde, aber seit einiger Zeit fröhliche Urstände feiert. Sie betätigen sich als geistig-politische Wegbereiter der mordenden Skins. Und dieser Kanzler schweigt, um rechtes Wählerpotential nicht zu verkraulen
- o die einzige noch allgemein anerkannte politisch-moralische Autorität in unserem Lande, unser Bundespräsident, mahnt, sagt unbequeme Wahrheiten und die Mundwinkel so mancher Konservativer ziehen sich verächtlich nach unten, wenn sie nur seinen Namen hören
- o 25 Tode in 1 1/2 Jahren und unzählige schwere und schwerste Verbrechen durch rechtsextreme Gewalttäter - und dieser Kanzler hat es nicht nötig sich an sein Volk zu richten und die volkswirtschaftliche Wahrheit zu sagen über die mit uns lebenden Bürger anderer Nationalität und andere Minderheiten
- o rechts-extreme Parteien und Splittergruppen rühmen sich (zu recht?) Ihrer direkten Erfolge via CDU/CSU und fordern auf, künftig lieber gleich das Original zu wählen
- o das Ansehen Europas war bei vielen Menschen noch nie so mies wie heute, weil Europa bürokratisch übergestülpt und nicht demokratisch über die Herzen und Köpfe der Menschen gemacht wird (Währungsfrage und so weiter).

Politiker-, Parteien- und Staatsverdrossenheit, bei manchen auch schon Demokratieverdrossenheit, sind sichtbares Ergebnis dieser Politik der "geistig-moralischen Wende" des Kanzlers, die einzig und allein auf Machterhalt - offenbar um jeden Preis - orientiert ist.

Dies ist meine Bilanz nach elf Jahren Helmut Kohl.

Es ist wohl umsonst, ihn aufzufordern, über seinen eigenen - alsbaldigen, vorzeitigen - Ruhestand nachzudenken!

(-/8. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Wer spekuliert gehört abkassiert**  
**Zur Bonner "Mißbrauchskampagne" im Sozialbereich**

**Von Hans Büttner MdB**  
**Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung**

Die Mißbrauchskampagne im Sozialbereich, den die Koalition derzeit betreibt, ist ein weiteres Beispiel für das politische Versagen der Bundesregierung. Das Eingehen von Scheinarbeitsverhältnissen war schon immer ungesetzlich, wie auch das Erschleichen nicht zustehender Sozialhilfe. Für die Einhaltung der Gesetze ist die jeweilige Exekutive verantwortlich. Und in Deutschland regieren seit zehn Jahren CDU/CSU und FDP. Wenn diese jetzt eine neue Mißbrauchskampagne einläuten, dann beweisen sie damit nur, daß sie unfähig sind, bestehende Gesetze zu exekutieren und das Land zu regieren.

Im Gegenteil: Durch ihre Politik treiben Regierung und Koalition das Land nicht nur in die höchste Staatsverschuldung seit Kriegsende, sie gefährden durch permanenten Klau aus den Sozialkassen auch die Kostensituation bei Arbeitnehmern und Unternehmern.

Selbst nach Einführung der Pflegeversicherung ließen sich die Lohnnebenkosten allein um 1,5 Prozent senken, wenn der Bund nicht ständig die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit beklauen würde, um die gemeinsame Aufgabe der Gesamtgesellschaft - den Aufbau Ost - zu finanzieren.

Um mindestens ein Prozent ließen sich die Beiträge der Rentenversicherung senken, wenn die soziale Integration der ostdeutschen Länder und der Aussiedler nicht den Rentenkassen übertragen würden.

Statt über weitere Sozialkürzungen oder den Leistungsmißbrauch zu gackern, ist es notwendig, den steuerlichen Subventionsdschungel auszulichten und die dort herrschende Sprachverwirrung zu entflechten.

Nicht jede Geldanlage ist auch eine wirtschaftlich sinnvolle, geschweige denn arbeitsplatzschaffende oder erhaltende Investition. Grundstücks- und Immobilienspekulation behindern wirtschaftliche Tätigkeit und belasten fleißige Arbeitnehmer und Unternehmer. Ihre steuerliche Begünstigung ist wirtschaftlich schädlich und ein gesellschaftlicher Skandal.

Das gleiche gilt für Warentermingeschäfte, Devisenspekulationen und dubiose Aktiengeschäfte. Wer wirtschaftlich umsteuern will muß hier ansetzen: Nur wer wirtschaftlich produziert und etwas leistet gehört subventioniert, wer spekuliert gehört abkassiert.

Die Bundesregierung betreibt derzeit genau die gegenteilige Politik. Sozialdemokraten sollten sich davor hüten, den verbalen Trickbetrügern im Regierungslager auf den Leim zu gehen.

(-/8. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Der Weg zur Demokratie ist offen**  
**Zur Situation nach den Wahlen in Kambodscha**

**Von Dieter Schanz MdB**  
**Mitglied des Bundestage-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Die Bevölkerung in Kambodscha hat ihr Votum abgegeben. Danach haben weder die Partei des Prinzensohnes Ranariddh (FUNCINPEC) noch die Partei des bisherigen Premier der Phnom-Penh-Regierung Hun Sen eine solche eindeutige Mehrheit errungen, als daß sie alleine eine Regierung bilden könnten. Und dies erscheint mir gar nicht so schlecht für Kambodscha zu sein, denn so sind die beiden großen politischen Bewegungen durch das Wählervotum gezwungen, sich gemeinsam für das Wohl des Landes einzusetzen und Kompromisse zu finden.

Der Versuch des Prinzen Sihanouk mag wohl in diese Richtung gezielt haben, war aber leider übereilt und zu wenig durchdacht, so daß er mit der Installierung der großen Machtposition für sich selbst eher den Anschein eines Verfassungscoups machte.

Die Idee einer sogenannten 'Ausöhnungsregierung' an und für sich ist aber gar nicht so schlecht, denn die Khmer Rouge, die sich dem Wahlprozeß gänzlich entzogen haben, stellen einen wesentlichen Machtfaktor dar und werden sich wohl auf eine Position der Fundamentalopposition festlegen; Hun Sen wird auch weiterhin Rücksicht auf die Interessen Hanois nehmen; Prinz Sihanouk und sein Sohn Ranariddh haben noch 'politische Schulden' in Peking abzutragen und können die einst festen Bande zu den Khmer Rouge auch nicht so rasch kappen.

In diesem Geflecht alter Verpflichtungen und politischer Rücksichtnahmen kann eine von der breiten Bevölkerung getragene Koalition zwischen Hun Sen und Ranariddh nur günstig sein. Dies verlangt den Hauptakteuren natürlich neben dem notwendigen politischen Fingerspitzengefühl ein großes Maß an Verantwortung und die Zurückstellung eigener Machtinteressen ab; gefragt ist Kompromißbereitschaft in dem Ringen um die Demokratie, um ein demokratisches System in Kambodscha.

Eine entsprechende internationale Unterstützung ist zwingend notwendig.

(-/8. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Verbesserungen für viele Arbeitnehmer**

**Zur Einigung über die europäische Arbeitszeitrichtlinie im EG-Sozialministerrat**

**Von Leyla Onur MdEP**

**Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten**

Die EG-weite Anpassung der Arbeitszeiten bringt auch Verbesserungen für viele Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

Die Festlegung von EG-weiten Mindeststandards bei der Arbeitszeit bedeutet einen Fortschritt für alle Beschäftigten in der Gemeinschaft. Arbeitnehmer mit besseren Regelungen werden nicht benachteiligt; diejenigen mit schlechteren Arbeitsbedingungen erhalten mehr Rechte. Das gilt auch für die geplante Änderung des deutschen Arbeitsgesetzes. Vor allem die FDP versucht, die Sonntagsarbeit wieder einzuführen. Dies ist mit der neuen EG-Arbeitszeitrichtlinie nicht vereinbar.

Die Richtlinie sieht u.a. einen Anspruch auf tägliche Mindestruhezeiten von elf zusammenhängenden Stunden innerhalb eines 24-Stunden-Zeitraumes und Pausenzeiten bei einer täglichen Arbeitszeit von über sechs Stunden sowie den Sonntag als wöchentlichen Ruhetag vor. Die Höchstarbeitszeit wird auf 48 Stunden pro Woche beschränkt und das Recht auf einen mindestens vierwöchigen bezahlten Jahresurlaub garantiert. Für rund 300.000 Beschäftigte ohne Tarifvertrag vor allem in Arztpraxen und Anwaltskanzleien bedeutet dies eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, da der gesetzliche Mindesturlaub in der Bundesrepublik nur drei Wochen beträgt.

Weitere Regelungen betreffen die Nachtarbeit. Hier darf nicht länger als acht Stunden innerhalb von 24 Stunden gearbeitet werden und die Arbeitnehmer erhalten einen Anspruch auf regelmäßige unentgeltliche ärztliche Untersuchungen. Allerdings kann der Gesetzgeber bzw. die Tarifparteien Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen zum Beispiel Verkehrssektor, Energieversorgung, Landwirtschaft, Post- und Telekommunikation, Tourismus und Pflegebereiche vorsehen.

(-/8. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*